Historisches Seminar
der Universität Heidelberg
Proseminar „Deutschösterreichischer Nationalismus vor dem Ersten Weltkrieg“
Dr. Christoph Berger Waldenegg
Wintersemester 1991/92

Titel der Arbeit:

Groß- oder kleindeutsch?
Die deutsche Frage nach der Märzrevolution von 1848

Vorgelegt von:
Ernst Rösch
XXX
XXX
XXX

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
1.1. Vorbemerkung
1.2. Forschungsstand
1.3. Zum Thema

2. Die Deutschland-Konzeptionen
2.1. Die großdeutsche Lösung: Spaltung der Donaumonarchie
2.2. Das 70-Millionen-Reich: Mitteleuropäische Gebietsmacht unter österreichischer Dominanz
2.2.1. Die Kremsier Erklärung: Unverzichtbarkeit des österreichischen Staatsbestandes
2.3. Der Doppelbund-Plan: „Hohes Maß an nationalstaatlicher Einheit“
2.3.1. Gründe für das Scheitern des Doppelbund-Planes
2.4. Die kleindeutsche Lösung: Aus der Not geboren
2.5. Die Mitteleuropa-Idee: „Kulturdünkel und welthistorische Mission“
2.6. Die universalistische Reichsidee der Habsburger

3. Die Rolle der Großmächte Preußen und Österreich bei der Deutschen Frage
3.1. Die Großmächte und die Paulskirche
3.2. Das Hegemonialproblem als Krux der deutschen Einheitsfrag

4. Schlussteil
5. Literaturliste
6. Zeittafel

1. Einleitung

1.1. Vorbemerkung

„Nicht in dem Zerreißen der Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oesterreich's Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches, wie europäisches Bedürfniß".[1]

Mit diesen Worten lehnte der österreichische Ministerpräsident Fürst Felix zu Schwarzenberg[2] am 27. November 1848 den von der verfassungsgebenden Nationalversammlung in der Paulskirche gutgeheißenen Verfassungsentwurf ab, der Österreich dazu zwingen sollte, nur mit seinen deutschsprachigen Gebieten dem neu zu bildenden deutschen Nationalstaat beizutreten, was unweigerlich eine Auflösung der Donaumonarchie zur Folge gehabt hätte.

Neben diesem für Österreich unannehmbaren Entwurf gab es noch mehrere andere Modelle, die auf unterschiedliche Weise versuchten, den durch die Märzrevolution von 1848 virulent gewordenen Nationalstaatsgedanken zu verwirklichen.

Ziel dieser Arbeit soll es nun sein, die verschiedenen Konzeptionen und Staatsmodelle, die ab Oktober 1848 in der Paulskirche diskutiert wurden, vorzustellen und kritisch zu vergleichen, um schließlich Aufschluss darüber zu bekommen, warum 1871 die Gründung des Deutschen Reiches unter Ausschluss Österreichs vollzogen wurde.

Der Schwerpunkt der Analyse liegt bei der viertätigen Verfassungsdebatte am 20., 24., 26. und 27. Oktober 1848 in der Nationalversammlung. Da mit der Auflösung der Paulskirche 1848 die Deutsche Frage noch nicht gelöst war, verfolgt diese Arbeit zudem skizzenhaft die Entwicklung bis zur endgültigen Entscheidung im Jahre 1871 und geht dabei auch auf die Rolle der Großmächte Preußen und Österreich beim Entscheidungsprozess ein. Zudem wird auch die Position der Habsburger Kaiserfamilie dargestellt.

1.2. Der Forschungsstand

Der gegenwärtige Forschungsstand ist als günstig zu bezeichnen, da mit der Monographie „Deutsche Verfassungsgeschichte" von Ernst Rudolf Huber und der Habilitationsschrift „Das Großdeutschland der Paulskirche" von Günther Wollstein Sekundärliteratur vorliegt, die sehr ausführlich über die Entwicklung der Deutschen Frage berichtet. Huber ist besonders beim Vergleich der Modelle und der kritischen Beurteilung dieser hilfreich. Wollstein geht sehr genau auf den Verlauf der Debatte in der Paulskirche ein und gibt Aufschluss über die Mitteleuropa-Idee. Für das Verständnis der Entwicklung nach 1848 dienten die drei Aufsätze „Habsburg zwischen Preußen und Deutschland", „Österreich und der Deutsche Bund 1815-1866" und „Österreich und die deutsche Frage zwischen 1848 und 1866/71" von Michael Dernarsky. Die Position der Habsburger findet sich im dem Aufsatz „Die Habsburger und die deutsche Frage" von Brigitte Hamann wieder.

---

[1] Huber, Ernst Rudolf: Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte. (Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850, Bd. 1). 3. neubearbeitete Auflage. Stuttgart/Berlin/Köln 1970, S. 360.

[2] Felix Fürst zu Schwarzenberg (1800-1852): österreichischer Offizier, dann Diplomat, nach der Märzrevolution als Feldmarschallleutnant in Oberitalien eingesetzt; 21. November 1848 bis zu seinem Tod am 5.4.1852 österreichischer Ministerpräsident.

Während in der vorliegenden Literatur die Positionen der Herrschenden klar zum Ausdruck kommen, liegen bedauerlicherweise kaum Aufzeichnungen vor, die Aufschluss über die Stimmung im Volk geben könnten. Lediglich bei Hamann sind Ansätze dazu erkennbar. Die Arbeit beschränkt sich daher auf die Sichtweise der handelnden Politiker und Monarchen.

1.3. **Zum Thema**

Im März 1848 schwappte die Welle der revolutionären Erhebungen, die in der Schweiz ihren Anfang genommen hatte und über Italien nach Frankreich gekommen war, auch auf Deutschland über. Durch ein Zweckbündnis vereint kämpfen verarmte Bauern und Arbeiter gemeinsam mit dem nach politischer Emanzipation strebenden Bürgertum gegen die althergebrachte Ordnung und zwangen schließlich nach erbitterten Barrikadenkämpfen die Fürsten in Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Bayern, Sachsen und Hannover, politische Zugeständnisse zu machen. Liberale Regierungen wurden eingesetzt und dem Volk demokratische Grundrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit gewährt. Doch die Aufständischen waren sich der Tatsache bewusst, dass die Revolution nur dann erfolgreich sein konnte, wenn auch in Österreich und Preußen die Herrscher gestürzt würden.

Schließlich floh am 13. März der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich vor den aufständischen Massen aus Wien, und der kaiserlichen Regierung blieb nichts anders übrig, als der Bürgerwehr die Bewaffnung zu erlauben und die Erlassung einer Konstitution zu versprechen. Fünf Tages später beugte sich auch der preußische König Friedrich Wilhelm IV den Revolutionären und setzte ein liberales Ministerium ein.[3]

Der Weg war nun frei, das zu realisieren, was viele Deutsche sich schon lange ersehnt hatten: Einen einheitlichen deutschen Nationalstaat mit einer bürgerlich-demokratischen Verfassung. Das Verfassungsorgan des Deutschen Bundes, der Deutsche Bundestag, übertrug seine Befugnisse auf den Reichsverweser der Nationalversammlung, die am 18. Mai erstmals zusammentrat, und stellte bald seine Tätigkeit ein. Die Aufgabe der Paulskirche bestand nun darin, eine Verfassung für das gesamte neu entstehende deutsche Reich auszuarbeiten.

Nachdem sich bei den ersten Beratungen über die Staatsform die liberale Mitte mit der Vorstellung eines Bundesstaates mit starken unitarischen Elementen, d.h. einem starken Parlament und einer starken Zentralgewalt durchgesetzt hatte[4], wurde die Frage nach der Größe des Staatsgebietes zum alles beherrschenden Thema in der Paulskirche. Die Parlamentarier diskutierten über eine Reihe von Staatsmodellen, die von einer pragmatischen kleindeutschen Lösung bishin zu einer als illusorisch anzusehenden Mitteleuropa-Idee reichten. Über eben diese Konzeptionen wird im Folgenden näher berichtet.

[3] Vgl. Raff, Diether: Deutsche Geschichte – Vom Alten Reich zur Zweiten Republik. 2. Auflage, München 1987, S. 211.
[4] Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2. Nachruck der zweiten, verbesserten Auflage. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, S. 792.

2. Die Deutschland-Konzeptionen

2.1. Die großdeutsche Lösung: Spaltung der Donaumonarchie

Ein 17er-Ausschuss, der noch vom Bundesstag eingesetzt worden war, hatte in seinem Verfassungsentwurf vom 26. April 1848 das Reichsgebiet so bestimmt, dass neben den Gebieten des Deutschen Bundes auch das Herzogtum Schleswig und die preußischen Ostprovinzen in die Staatsgründung mit einbezogen werden sollten. Daraus folgte, dass nach Willen der 17 Österreich nur mit seinen bundeszugehörigen, als den deutschsprachigen Gebieten, ins Reich eintreten sollte, was auf lange Sicht eine Auseinanderentwicklung der beiden Reichsteile und letzten Endes die Auflösung Österreichs in zwei nur durch eine Personalunion[5] verbundene Reichsgebiete zur Folge gehabt hätte.[6]

In die gleiche Richtung liefen auch die Bestrebungen des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung, der in den Paragraphen 2 und 3 seines Verfassungsentwurfes unverhohlen die Teilung Österreichs in zwei Staatsgebilde forderte, deren einzige Verbindung in einem gemeinsamen Monarchen bestehen sollte:

(§2). Kein Teil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein.

(§3). Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen“.[7]

Der Rechtshistoriker Ernst Rudolf Huber folgert aus diesen Paragraphen, dass diese „großdeutsche Lösung Österreich die Spaltung seines Staatsgebietes und die Preisgabe seines besonderen Ordnungs- und Herrschaftsauftrages“ zumutete.[8]

Die Verfassungsväter nahmen ganz offensichtlich in Kauf, den Weg der Staatsbildung ohne Österreich gehen zu müssen, da kein Zweifel bestand, dass die Donaumonarchie nie und nimmer ihr eigenes Todesurteil unterschreiben würde. Eine Tendenz zum Hinausdrängen Österreichs aus Deutschland war also bereits hier erkennbar.

Der Politiker Droysen, der die Paragraphen 2 und 3 konzipiert hatte, war den Aussagen Günther Wollsteins zufolge sogar bereit, ein Ausscheiden Österreichs zu akzeptieren:
„Ohne zu langfristigen Perspektiven Stellung zu nehmen, zeigte sich Droysen entschlossen, im Falle einer negativen Antwort Österreichs den deutschen Nationalstaat ohne Beteiligung Österreichs zu realisieren.“[9]

[5] Personalunion: Eine P. liegt dann vor, wenn zwei oder mehr Staaten ein gemeinsames Staatsoberhaupt haben.
[6] Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 797.
[7] Ebenda.
[8] Ebenda. Vgl. Wollstein, Günther: Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49. Düsseldorf 1977, S. 278.
[9] Ebenda, S. 279.

2.2. Das 70-Millionen-Reich: Mitteleuropäische Gebietsmacht unter österreichischer Dominanz

Nach den Vorstellungen der österreichischen Regierung sollte die deutsche bzw. österreichische Frage ganz anders gelöst werden als es der Verfassungsausschuss vorsah: Der österreichische Ministerpräsident Schwarzenberg hatte die Idee eines 70-Millionen-Reiches konzipiert, in dem alle österreichischen Reichsgebiete mit den Gebieten des Deutschen Bundes zu einer mitteleuropäischen Gebietsmacht verbunden werden sollten. Österreich war in diesem Großreich die dominierende Rolle zugedacht.

Diese Konzeption war insofern problematisch, als sie die Errichtung eines Bundesstaate, wie die Nationalversammlung ihn vorsah, unmöglich machte. Aufgrund er vielen verschiedenen Nationalitäten wäre lediglich ein Staatenbund mit selbständigen Nationalitäten möglich gewesen. Die Separationsbestrebungen der Polen hätten zudem so einen neuen Auftrieb bekommen, und das Reichsparlament wäre wohl an den Sprachgegensätzen und den Konflikten der Nationalitäten untereinander zerbrochen. Da die verschiedenen Nationalitäten sich nie freiwillig zusammengeschlossen hätten, wäre sowohl der Einigungsprozess als auch die Herrschaft nur von oben durchzuführen gewesen, was einen eklatanten Bruch mit den Idealen der bürgerlichen Revolution bedeutet hätte. Demzufolge wäre ein 70-Millionen-Reich alles andere als eine Verbesserung des Deutschen Bundes gewesen.[10]

2.2.1. Die Kremsier Erklärung: Unverzichtbarkeit des österreichischen Staatsbestandes

Die 70-Millionen-Reich-Idee machte deutlich, dass Österreich im Grunde an nichts anderem als an einem Beitritt mit Gesamt-Österreich interessiert war. So lässt sich auch die Reaktion Schwarzenbergs auf das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier erklären, die mit 115 (davon 42 österreichische Stimmen“) zu 90 Stimmen den großdeutschen Verfassungsentwurf guthießen und somit Österreich ultimativ dazu aufforderten, entweder teilweise oder gar nicht im neuen deutschen Staat aufzugehen.

Schwarzenberg verwehrte sich in der Kremsier Erklärung gegen eine Teilung Österreichs und bezeichnete die Paragraphen 2 und 3 als schlicht unannehmbar. Die österreichische Regierung habe nicht die Absicht, das Habsburgerreich in seinem bisherigen Bestand zu gefährden.

Doch neben der klaren Absage an die großdeutsche Lösung konnte man zwischen den Zeilen der Erklärung auch einen Vorschlag lesen, der eine Kompromisslösung in Aussicht stellte: Schwarzenberg führte nämlich aus, dass Österreich und Deutschland als zwei verschiedene Gebilde anzusehen seien, die „ihre gegenseitigen Beziehungen neu zu bestimmen“ hätten.[11] Huber seiht hier den Vorschlag, einen Staatenbund oder eine Konföderation ins Leben zu rufen.[12]

[10] Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 797 f.
[11] Huber, Dokumente, S. 360.
[12] Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 800.

2.3. Der Doppelbund-Plan: „Hohes Maß an nationalstaatlicher Einheit“

Der Präsident der Nationalversammlung, Heinrich von Gagern[13], der einsah, dass eine großdeutsche Lösung nicht durchführbar war, glaubte daher voll auf der Linie der Habsburger zu sein, als er als Reaktion auf die Kremsier Erklärung den Plan des engeren und weiteren Bundes, auch Doppelbund genannt, vorstellte. Der engere Bund sollte alle deutschen Gebiete unter Ausschluss Gesamtösterreichs umfassen und ein hohes Maß an nationalstaatlicher Einheit garantieren. Im weiteren Bund sollten Deutschland und Österreich eine besondere völkerrechtliche Verbindung mit einem ständigen Direktorium, einem Gesandtenkongress und einem parlamentarischen Beirat eingehen. Die beiden Staaten hätten also in einem solchen Bund weitaus mehr Gemeinsamkeiten als im Deutschen Bund besessen.

Doch überraschenderweise lehnte Schwarzenberg die Gagernsche Interpretation seiner Erklärung kategorisch ab, da seiner Auffassung nach Österreich eine deutsche Bundesmacht bleiben sollte und sich entscheiden dagegen wehrte, vom deutschen Entscheidungsprozess ausgeschlossen zu werden. Mit den berühmten Worten „Hinauswerfen aus Deutschland lassen wir uns nicht“ verlieh er dieser Aussage Nachdruck.[14] Die darauf folgenden Klärungsversuche Gagerns, der von einem Missverständnis von seiten Schwarzenbergs ausging, blieben fruchtlos.[15]

2.3.1. Gründe für das Scheitern des Doppelbund-Planes

Doch wie lässt sich der plötzliche Meinungsumschwung Schwarzenbergs erklären? Hubers Ausführungen nach lag die Hauptverantwortung für die Ablehnung des Doppelbundes beim ehemaligen Ministerpräsidenten der Nationalversammlung Anton Ritter von Schmerling[16]. Um seinen Wechsel vom großdeutschen zum großösterreichischen Lager vollziehen zu können und um seinem politischen Ziel näher zu kommen, einen neuen Deutschen Bund mit dem Trias Preußen, Österreich und Bayern zu schaffen, überredete Schmerling angeblich Schwarzenberg, den Doppelbund abzulehnen.[17]

Ein weiterer Grund für das Scheitern des Doppelbundes ist beim Verhalten der Politiker in der Paulskirche zu finden, welches Huber, Wollstein und Kann unisono als realitätsfremd bezeichnen.[18]

---

[13] Heinrich Freiherr von Gagern (1799-1880), führender Liberaler in der hessischen Zweiten Kammer; Mitglied des Frankfurter Vorparlaments sowie der Frankfurter Nationalversammlung, deren erster Präsident er im Mai 1848 wurde; 15.12 bis 21.3.1849 Präsident des Reichsministeriums; später Gegner der preußischen Einigungspolitik und Anhänger der großdeutschen Bundesreformpolitik. Aus: Huber, Dokumente, S. 360.

[14] Derndarsky, Michael: Österreich und die deutsche Frage zwischen 1848 und 1866/71. Konzeptionelles Dilemma und situative Probleme der Donaumonarchie gegenüber Deutschland. In: Becker, Josef/Hillgruber, Andreas (Hrsg.): Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. (Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg, Bd. 24). München 1983, S. 74.

[15] Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 800 f. Hier führt Huber auch als Beweis dafür, dass die Regierung Schwarzenberg das Kremsier Programm ursprünglich im Sinne des Doppelbundes verstanden hatte, eine Denkschrift der österreichischen an die preußische Regierung auf, die am 13.12.1848 von der Möglichkeit eines Doppelbundes sprach. Vgl. auch Wollstein, S. 294.

[16] Anton Ritter von Schmerling (1805-93), Führer der großdeutschen Richtung in der Paulskirche, 1848 Leiter des Reichskabinetts nach Absetzung später österreichischer Bevollmächtigter bei der Reichszentralgewalt.

[17] Huber, Dt. Verfassungsgeschichte, S. 803.

[18] Ebenda, S. 803 ff. Wollstein, S. 291. Kann, Robert: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918, Bd. 1: Das Reich und die Völker, 2. erw. Auflage. Graz/Köln 1964, S. 85.

Ein Sonderausschuss lehnte das Gagernsche Programm mit 15 zu 5 Stimmen ab, ohne gleichzeitig eine Kompromissformel zu finden, die die Gegensätze der Paragraphen 2 und 3 der Kremsier Erklärung hätte überbrücken können. Die großdeutsche Koalition war sich also nur in der Ablehnung des Planes einig. Sie war dagegen nicht in der Lage, ein praktikables Alternativkonzept zu erarbeiten, da sie unbeirrt an ihren Maximalforderungen festhalten wollte. Von der Paulskirche sollten ihrer Meinung nach um keinen Preis Vorschläge ausgehen, die eine Abweichung von einer reinen nationalstaatlichen Lösung bedeutet hätten.[19] Obwohl die Großdeutschen eine preußische Führung ein einem engeren Bund verhindern wollten, beschleunigten sich durch ihre unbewegliche Haltung gerade diesen Prozess, der auf eine kleindeutsche Lösung hinauslief.

2.4. Die kleindeutsche Lösung: Aus der Not geboren

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die so genannte kleindeutsche Lösung, welche eine Einigung Deutschlands unter Ausschluss des gesamten Habsburgerreiches vorsah, als solche in der Oktober-Debatte nie offen zur Diskussion stand. Sie entwickelte sich erst als Konsequenz aus den gescheiterten Bemühungen um eine großdeutsche Lösung. Lediglich eine Gruppe von Abgeordneten des rechten Zentrums plädierte aus machtpolitischen Gründen von Anfang an für einen preußisch beherrschten kleindeutschen Nationalstaat ohne Österreich. Zuwachs von der liberalen Mitte bekamen die Kleindeutschen erst, als die Hoffnungen auf eine großdeutsche Lösung nach und nach zerbarsten und der Ruf nach einer pragmatischen Lösung laut wurde. Die Nationalversammlung spaltete sich danach in ein klein- und in ein großdeutsches Lager. Am Anfang der Debatte war die Mehrheit der Versammlung noch für eine Angliederung Österreichs gewesen. Unklarheit herrschte lediglich bei der Frage, auf welche Weise dieses zu geschehen habe.

2.5. Die Mitteleuropa-Idee: „Kulturdünkel und welthistorische Mission“

Die Mitteleuropa-Idee, ein Vorläufer der Schwarzenbergschen 70-Millionen-Reich-Konzeption, die in der Paulskirche in mehreren Variationen vorgestellt wurde, gelang zwar letztendlich nicht zur Abstimmung, doch nahm sie trotz ihrer Realitätsferne in der Oktober-Debatte einen großen Raum ein, was darauf schließen lässt, dass viele Abgeordnete sich einen pangermanischen Staat erhofften, der weit über die Grenzen des Deutschen Bundes reichen sollte, was Johannes Willms folgendermaßen kommentierte:
„In der Frankfurter Paulskirche sind (...) all jene messianisch-nationalistischen Wahngebilde eines germanischen Mitteleuropas aufgeworfen worden, die sich in den Köpfen der Deutschen auf der Suche nach ihrer Identität fast 100 Jahre lang halten sollten.“[20]

Am konkretesten waren dabei die Vorstellungen des Wiener Hauptmannes Karl Moering, der ein 70-Millionen-Reich anstrebte, das eine direkte Herrschaft im Donauraum ausüben sollte, wohinter ziemlich unverblümt die Intention steckte, auf diesem Wege die Weltherrschaft zu erlangen.[21]

[19] Wollstein, S. 280.
[20] Willms, Johannes: Nationalismus und Nation. Deutsche Geschichte von 1798 bis 1914, 1. Auflage. Düsseldorf 1983, S. 238.
[21] Diese und die folgenden Aussagen über die Mitteleuropa-Idee sind sinngemäß entnommen aus: Wollstein, S. 268-78.

Dieser Staat, der stark auf österreichische Interessen zugeschnitten gewesen wäre, sollte ein machtpolitisches Gegengewicht zu Frankreich und Russland bilden und auf das restliche Europa durch seine „zivilisatorischen Leistungen“ und „freiheitlichen Strukturen“ eine Sogwirkung ausüben. Da dieses Großreich an vier Meeren gelegen wäre, plante Moering zudem eine imperialistisch anmaßende Flotten- und Überseepolitik.

Dass die Mitteleuropa-Idee eine große Anziehungskraft auf die Politiker ausübte, zeigen auch die Konzeptionen der Abgeordneten Andrian-Werburg, Schuselka und Beidtle, die allerdings im Vergleich zu Moering nur sehr vage Vorstellungen vom Aufbau eines mitteleuropäischen Großreiches hatten.

Andrian-Werburg plädierte für einen europäischen Völkerbund; Schuselkas Absicht war es, einen „organischen Anschluss des Habsburger Reiches und der angrenzenden Gebiete an Deutschland“ zu erreichen, und Beidtel prägte den geflügelten Begriff von den „Vereinigten Staaten von Deutschland“. Dass die Politiker der Paulskirche mit ihren träumerischen Gedankenkonstrukten nicht alleine standen, beweisen zahlreiche in Nord- und Mitteldeutschland veröffentlichte Schriften, die ebenfalls abenteuerliche Thesen über das Deutschland-Projekt aufstellten.

Bezogen auf die Parlamentsdebatte stellte Wollstein anhand des Vokabulars der Politiker ein „Kulturdünkel des germanischen Elementes“ fest. Aus einem „zivilisatorischen Überlegenheitsgefühl“ heraus verspürte man die welthistorische Mission, auch nichtdeutsche Gebiete in ein deutsches Staatsgebiet einzuverleiben.

Da der Einfluss der Türkei damals als sehr schwach angesehen wurde, und so Russland den ein einzigen ernstzunehmenden Gegner in der Donauregon darstellte, schmiedete man ehrgeizige Neuordnungspläne für den Donauraum, von denen man sich unter anderem neue handelspolitische Impulse durch die Donauschifffahrt und eine Umleitung des Auswanderstromes von Amerika in den Donauraum erhoffte.

2.6. Die universalistische Reichsidee der Habsburger

Auch die habsburgische Kaiserfamilie favorisierte ganz eindeutig ein mitteleuropäisches Großreich unter österreichischer Hegemonie. Dieser Staat sollte nach Vorstellung der Dynastie ein Bund deutscher Fürsten sein, dem auch die deutschen Erbländer mitsamt deren nichtdeutscher Gebiete angehören sollten. In diesem föderalistischen Universalreich beanspruchten die Habsburger für sich die Vormachtstellung. Da das Haus Habsburg in den Ideen von Nationalismus und Volkssouveränität eine immense Gefahr für den österreichischen Staat und die Dynastie sah, stand es den demokratischen und nationalen Bestrebungen von 1848 extrem feindlich gegenüber, weshalb auf penible Art und Weise jede Volksstimme darauf geprüft wurde, ob sie deutschnational oder dynastieloyal eingestellt war. So hielt auch Kaiser Franz-Joseph nichts von einem deutschen Nationalgefühl und war daher auch kein Verfechter eines deutschen Nationalstaates nach Vorstellung der bürgerlichen Revolution. Für ihn war die deutsche Einheit ausschließlich eine Angelegenheit der Fürsten, wobei er dem Volk jedes Recht auf Beteiligung am Entscheidungsprozess und auf Willensäußerung überhaupt absprach. Nach Meinung der Kaiserfamilie konnte eine Einigung also nur von oben und unter der Ägide Österreichs geschehen.[22]

[22] Hamann, Brigitte: Die Habsburger und die deutsche Frage im 19. Jahrhundert. In: Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Hrsg.): Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-

3. Die Rolle der deutschen Großmächte Preußen und Österreich bei der Deutschen Frage

3.1. Die Großmächte und die Paulskirche

Bereits während des Entscheidungsprozesses in der Paulskirche wurde deutlich, dass Österreich und Preußen einen starken Einfluss auf den Verlauf der Entwicklung hatten. Die beiden Mächte waren nie bereit, die politischen Entscheidungen der Nationalversammlung als bindend zu betrachten und sich unter deren Autorität zu stellen. Bei der Machtausübung waren der Paulskirche auch insofern die Hände gebunden, als sie weder über staatliche Gewalt noch über feste Einnahmen, noch über einen Verwaltungsapparat verfügte. So hatte die Nationalversammlung auch keine Befehlsgewalt über deutsche Streitkräfte, da sich sowohl die Großmächte als auch die Mittelstaaten weigerten, ihre Truppen dem Reichsverweser zu unterstellen.

Das Parlament war also eine Exekutive, die von Anfang an auf die Duldung der Großmächte angewiesen war. Als der politische Druck Preußens und Österreichs ab Anfang 1848 wuchs, resignierten die meisten Parlamentarier angesichts ihrer machtpolitischen Ohnmacht und waren infolgedessen nicht mehr wie zu Anfang der Deutschland-Debatte zu leidenschaftlichen Rede und „rauschenden Plänen“ zu begeistern.[23] Der Mangel an Realitätsbezogenheit und die überschäumende Revolutionsbegeisterung hatten zudem bewirkt, dass die tatsächlichen politischen Gegebenheiten nicht richtig wahrgenommen wurden. Doch spätestens nach dem Sieg der Gegenrevolution in Wien und der Erlassung einer zentralistischen Gesamtverfassung für Österreich wurden sich die Parlamentarier ihrer heiklen Lage bewusst.

Unter starken Zugzwang gesetzt, boten sie als letzte Hoffnung dem preußischen König die Krone an. Doch als Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserwürde ablehnte, war die Nationalversammlung und somit auch die deutsche Revolution gescheitert. Die Lösung der deutschen Frage war damit vorerst auf Eis gelegt.

---

staatlichen und soziokulturelllen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 9/1982. München 1982, S. 212-230.

[23] Wollstein, S. 300.

3.2. Das Hegemonialproblem als Krux der deutschen Einheitsfrage

Doch nach der Ablehnung der Kaiserwürde war für Preußen auf einmal die Idee geboren, ein Deutschland unter preußischer Führung ins Leben zu rufen.[24] Österreich konnte auf diesem Weg nur hinderlich sein, da es selbst die Führungsrolle für sich beanspruchte. Während die beiden Großmächte vor der Revolution noch durch Vorabsprachen und gelenkte Abstimmungen die deutsche Politik unter sich ausgemacht hatten, waren die preußisch-österreichischen Beziehungen nach 1848 von einem deutlichen Konfliktkurs, insbesondere Preußens handelspolitischen, geprägt.

Die Bildung der Erfurter Union im Jahre 1849 und die preußische Zollbund-Politik von 1852 bis 1864[25] waren Aktionen der preußischen Regierung, die ganz offensichtlich ein Herausdrängen Österreichs aus Deutschland zum Ziel hatten.[26] Zwar gelang es Österreich durch die Ölmützer Punktuation[27] die Erfurter Union wieder zu beseitigen, doch gelang es der Donaumonarchie im weiteren Verlauf nicht, Anschluss an den Zollbund zu finden.

Gleichzeitig war bis zum deutsch-österreichischen Krieg 1866 bei Österreich die Tendenz unverkennbar, sowohl gegen die kleindeutsche Reichsbildung Preußens anzugehen, da man den Verlust der preußischen Unterstützung in außenpolitischen Konflikten befürchtete,[28] als auch die Stellung als deutsche Vormacht auszubauen.

Das so genannte Dritte Deutschland, das aus den restlichen deutschen Staaten bestand, vermochte nicht, in den preußisch-österreichischen Bruderkampf einzugreifen. Prinzipiell war man zwar bereit, gemeinsam mit Österreich gegen Preußens Hegemonialstreben vorzugehen, doch in gleicher Weise wollte man auch eine österreichische Dominanz nicht zulassen. Die Politik des Dritten Deutschlands wurde infolgedessen inkonsequent und konnte nicht regulierend in den Dualismus eingreifen.[29]

Preußen wollte nicht den deutschen Nationalstaat verwirklichen, sondern einzig und allein die Vormachtstellung erreichen. Die Nationsidee war dabei nur als massenwirksames Argument vorgeschoben. Preußen wollte die kleindeutsche Lösung nicht aus nationalistischen, sondern aus rein machtpolitischen Erwägungen heraus.[30]

Aufgrund der verhärteten Positionen der Großmächte war eine großdeutsche Vereinigung also bereits kurz nach dem Sieg der Gegenrevolution undenkbar geworden, da weder Preußen

---

[24] Derndarsky, Michael: Habsburger zwischen Preußen und Deutschland. In: Rumpler, Helmut (Hrsg.): Deutscher Bund und deutsche Frage 1815-1866, Europäische Ordnung, deutsche Ordnung und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 16/17/1990, S. 305. Vgl. dazu auch Derndarskys Aussagen über die Großmachtpolitik in: Österreich und der Deutsche Bund 1815-1866. In: Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Hrsg.): Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, S. 100 ff.

[25] Erfurter Union: Versuch Preußens, in Absprache mit anderen deutschen Staaten, einen kleindeutschen Bundesstaat unter preußischer Führung aufzubauen und diese Union in einem erweiterten Bund mit Österreich zusammenzuschließen. Dazu wurde am 26.5.1849 ein Dreikönigsbündnis mit Sachsen und Hannover eingegangen, dem sich später weitere deutsche Staaten anschlossen.

[26] Ölmützer Punktuation: Im Vertrag von Ölmütz zwang Österreich Preußen am 29.11.1859, die Erfurter Union wieder aufzulösen, indem es seine Unterstützung in der Holstein- und Kurhessen-Frage von der Liquidierung der Union abhängig machte.

[27] Derndarsky, Österreich und die deutsche Frage, S. 88 f.

[28] Ebenda, S. 87.

[29] Ebenda, S. 76 und Derndarsky, Habsburg zwischen Preußen und Deutschland, S. 308.

[30] Ders., Österreich und die deutsche Frage, S. 89.

noch Österreich auf ihren Hegemonialanspruch verzichten wollten. Das Hegemonialproblem wurde, so die Meinung Dernarskys, zur „Krux der deutschen Einheitsfrage“.[31]

Die endgültige Entscheidung fiel dann 1867 zugunsten Preußens, als Österreich durch die militärische Niederlage bei Königgrätz ein für allemal aus Deutschland ausgeschlossen wurde. Preußen gründete danach den Norddeutschen Bund als ersten Schritt zur kleindeutschen Lösung und vollendete diese schließlich am 18. Januar 1871 durch die Gründung des Deutschen Reiches.

4. Schlussteil

Der Ausgang der deutschen Frage war angesichts der unnachgiebigen Haltung und teilweise überzogenen Forderungen der Großmächte und der Unfähigkeit und politischen Ohmacht der Paulskirche absehbar, doch unabwendbar war er sicherlich nicht, da mit dem Doppelbund-Plan eine durchaus realistische und praktikable Alternative vorlag.

Doch da die Paulskirche nicht den nötigen Scharfblick besaß, und Schmerlings Eingreifen eine Zustimmung der österreichischen Regierung verhinderte, konnte der Doppelbund nur auf einem erheblichen Umweg 1879 in Form des Zweibundes zwischen Österreich und dem Deutschen Reich verwirklicht werden. Dieser war zwar kein Staatenbund, doch de facto war er mehr als nur ein Bündnis zwischen zwei Staaten und wies so starke strukturelle Ähnlichkeiten mit dem Doppelbund Gagerns auf.

Sowohl Österreich als auch Preußen konnten sich einen deutschen Staat nur unter ihrer eigenen Dominanz vorstellen. So waren sowohl die großdeutsche Lösung als auch das 70-Millionen-Reich und die Mitteleuropa-Idee für die jeweils andere Seite unannehmbar, wobei die letztere nicht nur politisch unzweckmäßig, sondern in Bezug auf ihre Durchführung auch illusorisch war.

Die deutsche Frage konnte also nur durch einen Kompromiss gelöst werden. Ein solcher stand mit dem Doppelbund zur Verfügung, da er sowohl die Souveränität der beiden Mächte als auch eine überstaatliche Kooperation mit einem gemeinsamen Auftreten auf dem internationalen Parkett der Politik garantiert hätte.

Es ist daher meiner Meinung nach durchaus zulässig zu schlussfolgern, das durch ein der damaligen Situation angemessenes Handeln unter Anwendung des Doppelbundes der preußisch-österreichische Dualismus, unter dem der gesamte Deutsche Bund zu leiden hatte, sowie Ölmütz und Königgrätz hätten verhindert werden können.

[31] Ders., Österreich und der Deutsche Bund, S. 113.

5. Literaturliste

5.1. Quellen

Huber, Ernst Rudolf: Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte. (Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850, Bd. 1). 3. neubearbeitete Auflage. Stuttgart/Berlin/Köln 1970.

Sekundärliteratur:

Bernatzik, Edmund: Die österreichischen Verfassungsgesetze. (Studienausgabe Österreichischer Gesetze, Bd. 3). Leipzig 1906.

Brandt, Harm-Heinrich: The revolution of 1848 and the Problem of the Central European Nationalities. In: Schulze, Hagen (Hrsg.): Nation building in Central Europe. Berg 1987, S. 107-134.

Brauneder, Wilhelm: Österreichische Verfassungsgeschichte. 2. ergänzte Auflage. Wien 1980.

Derndarsky, Michael: Österreich und die deutsche Frage zwischen 1848 und 1866/71. Konzeptionelles Dilemma und situative Probleme der Donaumonarchie gegenüber Deutschland. In: Becker, Josef/Hillgruber, Andreas (Hrsg.): Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. (Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg, Bd. 24). München 1983, S. 63-90.

Derndarsky, Michael: Habsburger zwischen Preußen und Deutschland. In: Rumpler, Helmut (Hrsg.): Deutscher Bund und deutsche Frage 1815-1866, Europäische Ordnung, deutsche Ordnung und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 16/17/1990, S. 292-313.

Ders.: Österreich und der Deutsche Bund 1815-1866. In: Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Hrsg.): Österreich und die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 9/1982. München 1982, S. 93-116.

Hamann, Brigitte: Die Habsburger und die deutsche Frage im 19. Jahrhundert. In: Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Hrsg.): Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturelllen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 9/1982. München 1982, S. 212-230.

Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2. Nachruck der zweiten, verbesserten Auflage. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz.

Kann, Robert: Geschichte des Habsburgerreiches 1526-1918. (Forschungen zur Geschichte des Donauraumes, 4). Wien/Köln/Graz 1977.

Ders.: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918, Bd. 1: Das Reich und die Völker, 2. erw. Auflage. Graz-Köln.

Raff, Diether: Deutsche Geschichte – Vom Alten Reich zur Zweiten Republik. 2. Auflage, München 1987.

Sutter, Berthold: Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. 3: Die Völker des Reiches, 2. Teilband. Wien 1980.

Willms, Johannes: Nationalismus und Nation. Deutsche Geschichte von 1798 bis 1914, 1. Auflage. Düsseldorf 1983.

Wollstein, Günther: Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49. Düsseldorf 1977

Zeittafel

Chronologie der deutschen Frage von der Märzrevolution bis zur Reichsgründung

22.-24.2.1848	Revolutionäre Unruhen in Paris. Abdanken von König Louis Philippe
13.3.48	Märzrevolution in Wien. Flucht Metternichs
18.3.48	Revolution in Berlin
31.3.-3.4.48	Vorparlament in Frankfurt/Main
26.4.48	Der Siebzehner-Entwurf der Reichsverfassung
18.5.48	Zusammentritt der Frankfurter Nationalversammlung
19.5.48	Heinrich von Gagern wird Präsident der Nationalversammlung
29.6.48	Schaffung einer provisorischen Zentralgewalt, Wahl von Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser
20., 24.,26.27.10.48	Verfassungsdebatte in der Paulskirche über Staatsmodelle. Abstimmung über großdeutsche Lösung endet mit Ultimatum an Österreich, nur mit bundeszugehörigen Gebieten beizutreten (Frage an Österrreich)
21.11.48	Fürst zu Schwarzenberg tritt an die Spitze des kaiserlichen Ministeriums in der Habsburger Monarchie
27.11.48	Kremsier Erklärung: Unverzichbarkeit der staatlichen Einheit Österreichs. Schwarzenberg lehnt großdeutsche Lösung ab.
5.12.48	Auflösung der preußischen Nationalversammlung. Oktroyierung einer Verfassung
18.12.48	Gagern stellt als Reaktion auf Kremsier Erklärung den Doppelbund-Plan vor
28.12.48	Schwarzenberg lehnt Doppelbund-Plan ab
4.3.49	Sieg der Gegenrevolution in Wien: Auflösung des österreichischen Reichstages, Oktroyierung einer zentralistischen Verfassung
28.3.49	Wahl von Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum Deutschen Kaiser
28.4.49	Preußischer König lehnt deutsche Kaiserkrone ab
April/Mai 49	Aufstände für die Durchsetzung der Reichsverfassung in Sachsen, Breslau und Baden
26.5.49	Dreikönigsbündnis zwischen Preußen, Sachsen und Hannover, Verabschiedung der Erfurter Reichsverfassung auf der Basis der preußischen Unionspolitik
6.-18.6.49	Rumpfparlament der Nationalversammlung tagt in Stuttgart
20.12.49	Rücktritt des Reichsverwesers Erzherzog Johann von Österreich
1.9.1850	Wiedereröffnung des Frankfurter Bundestages
29.11.50	Olmützer Punkuation: Ende der preußischen Unionspolitik
15.6.-26.7.66	Deutscher Krieg
3.7.66	Schlacht bei Königgrätz, Niederlage Österreichs
17.4.67	Verfassung des Norddeutschen Bundes angenommen
19.7.1870	Deutsch-französischer Krieg
18.1.71	Proklamation des Deutschen Kaiserreiches in Versailles. Kleindeutsche Lösung ohne Österreich endgültig vollzogen